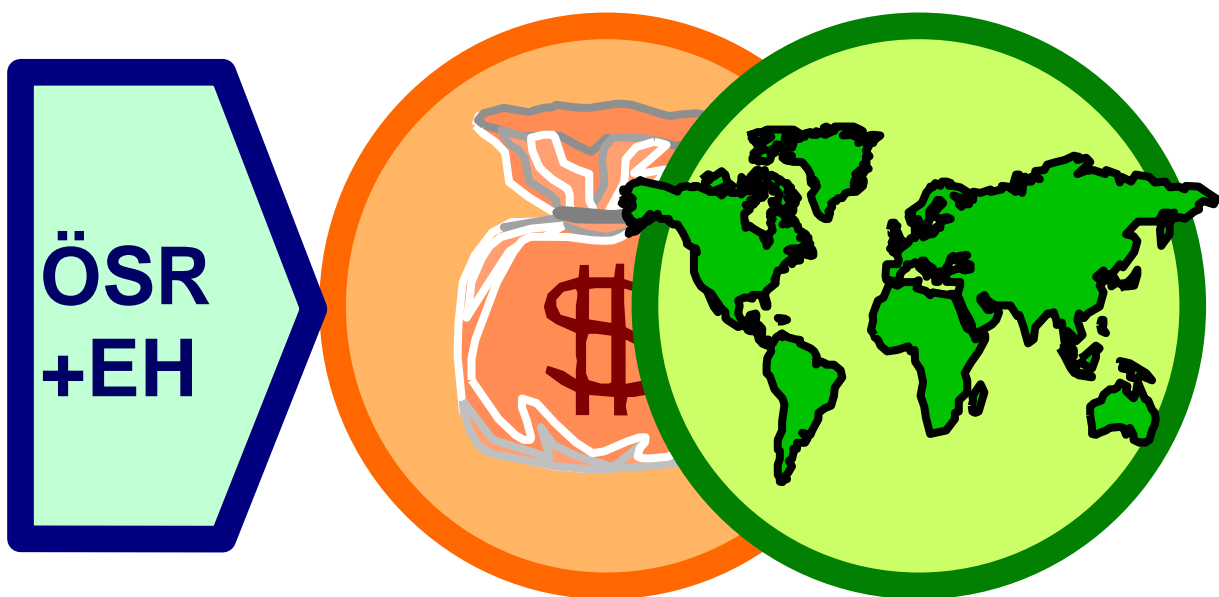


MARKTWRTSCHAFTLICHE INSTRUMENTE IN DER UMWELTPOLITIK

MATERIALIEN FÜR DEN UNTERRICHT



IMPRESSUM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM e.V. (FÖS)

Landsberger Str. 191 · 80687 München · Fon 089-520113-13 Fax -14
foes@foes-ev.de · www.foes-ev.de · www.eco-tax.info

Geschäftsführung: Andrea Sauer – Christian Meyer

Vorstandsmitglieder: Dr. Anselm Görres – Dipl.-Vw. Bettina Meyer – Dipl.-Vw. Andreas Wolfsteiner – Dipl.-Vw. Kai Schlegelmilch – Dipl.-Vw. Matthias Seiche

Beiratsmitglieder: Dr. Gerhard Berz - Prof. Dr. H.-C. Binswanger, CH - Dr. Henner Ehringhaus, CH – Dr. Martin Bursik, CZ – Josef Göppel, MdB - Prof. Dr. Hartmut Graßl - Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, CH - Norbert Mann - Dr. Paul E. Metz, NL - Janet E. Milne, USA - Yannis D. Paleocrassas, Finanzminister a.D., GR - Prof. Dr. Albert J. Rädler - Dr. Georg Riegel - Josef Riegler, Vizekanzler a.D., A - Christine Scheel, MdB - Matthias Max Schön - Prof. Dr. Ulrich Steger - Prof. Dr. Norbert Walter - Prof. Dr. E. U. von Weizsäcker, MdB - Prof. Dr. Wolfgang Wiegard - Anders Wijkman MdEP, S - Dr. Angelika Zahrt

Der Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. tritt als überparteiliche Organisation für eine Ökologische Finanzreform ein, deren Kernstück die Ökologische Steuerreform bildet, zu der aber auch andere ökofiskalische Instrumente gehören wie etwa der Emissionshandel oder der Abbau umweltschädlicher Subventionen.

Es gibt zwei Formen der Mitgliedschaft im FÖS:

- Aktive (stimmberechtigte) Mitglieder, Jahresbeitrag 200 Euro
- Fördermitglieder, Jahresbeitrag 60 Euro
- Studentische Mitgliedschaft, Jahresbeitrag 30 Euro

Unser Spendenkonto steht selbstverständlich auch Nichtmitgliedern zur Verfügung!

GLS Gemeinschaftsbank eG Konto 804 371 3000 BLZ 430 609 67

Gemeinnützig zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke laut Finanzamt München für Körperschaften.

DRUCK

Merkur Druck Leipzig

DANKSAGUNG

Dieses Projekt wurde finanziell vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben, sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

INHALT

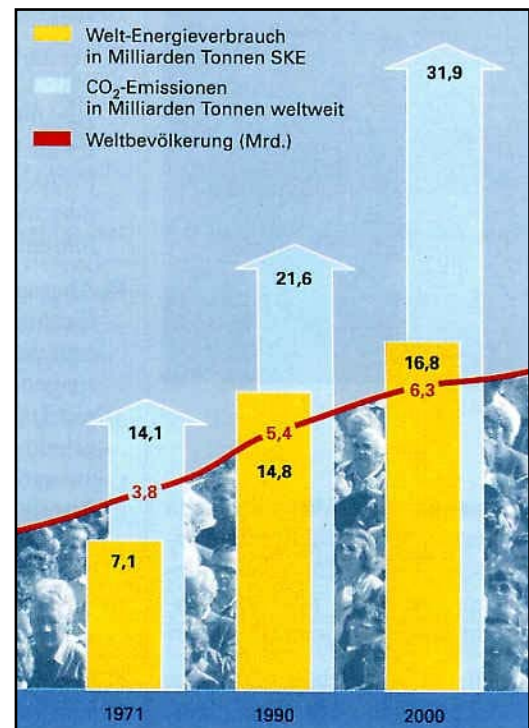
| | |
|--|----|
| A. EINFÜHRUNG | 1 |
| 1.1 Energieverbrauch | 1 |
| 1.2 Klimaproblematik | 1 |
| B. VORSTELLUNG MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE | 3 |
| 2.1 Ökologische Steuerreform | 4 |
| 2.2 Emissionshandel | 6 |
| 2.3 Subventionen und Subventionsabbau | 7 |
| C. DISKUSSION DER INSTRUMENTE | 8 |
| 3.1 Kritik an der Ökosteuer | 8 |
| 3.2 Kritik am Emissionshandel | 9 |
| 3.3 Kritik an Subventionen | 9 |
| D. AUSBLICK NACH EUROPA | 10 |
| Informationen zu den Materialien | 11 |
| Weiterführende Links | 18 |
| Arbeitsblätter | 19 |
| Folienvorlagen | 26 |

A. EINFÜHRUNG

1.1 Energieverbrauch

Seit Beginn der Industrialisierung steigt der Energieverbrauch der Industriestaaten erheblich. Vor allem die westlichen Nationen verbrauchen dabei deutlich mehr natürliche Ressourcen, als der Planet dauerhaft verkraften kann. Unsere fossilen Energieträger Öl, Gas und Kohle gehen zur Neige. Gleichzeitig nimmt der Ausstoß klimaschädlicher Gase (beispielsweise CO₂), die durch die Verbrennung eben dieser Energieträger entstehen, stetig zu.

Experten gehen davon aus, dass die weltweiten, eindeutig identifizierten Erdölvorräte, die sich unter heutigen oder in naher Zukunft erwarteten Bedingungen technisch und wirtschaftlich abbauen lassen, nur noch etwa 40 Jahre reichen werden. Bei Erdgas liegen die Schätzungen bei konstant bleibender Förderung bei gut 60 Jahren. Vor allem bei Erdgas gehen Prognosen jedoch von einer deutlichen Zunahme des Verbrauchs aus, so dass das weltweite Fördermaximum von Erdgas und Erdöl bereits wesentlich früher erreicht sein könnte. Sobald dieser Zeitpunkt erreicht ist, muss mit einer noch drastischeren Verknappung und Verteuerung dieser Energieträger gerechnet werden. Die hieraus resultierende Abhängigkeit von Lieferanten der traditionellen Energieträger ist zudem aus politischer Sicht sehr bedenklich.



Quelle: Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg

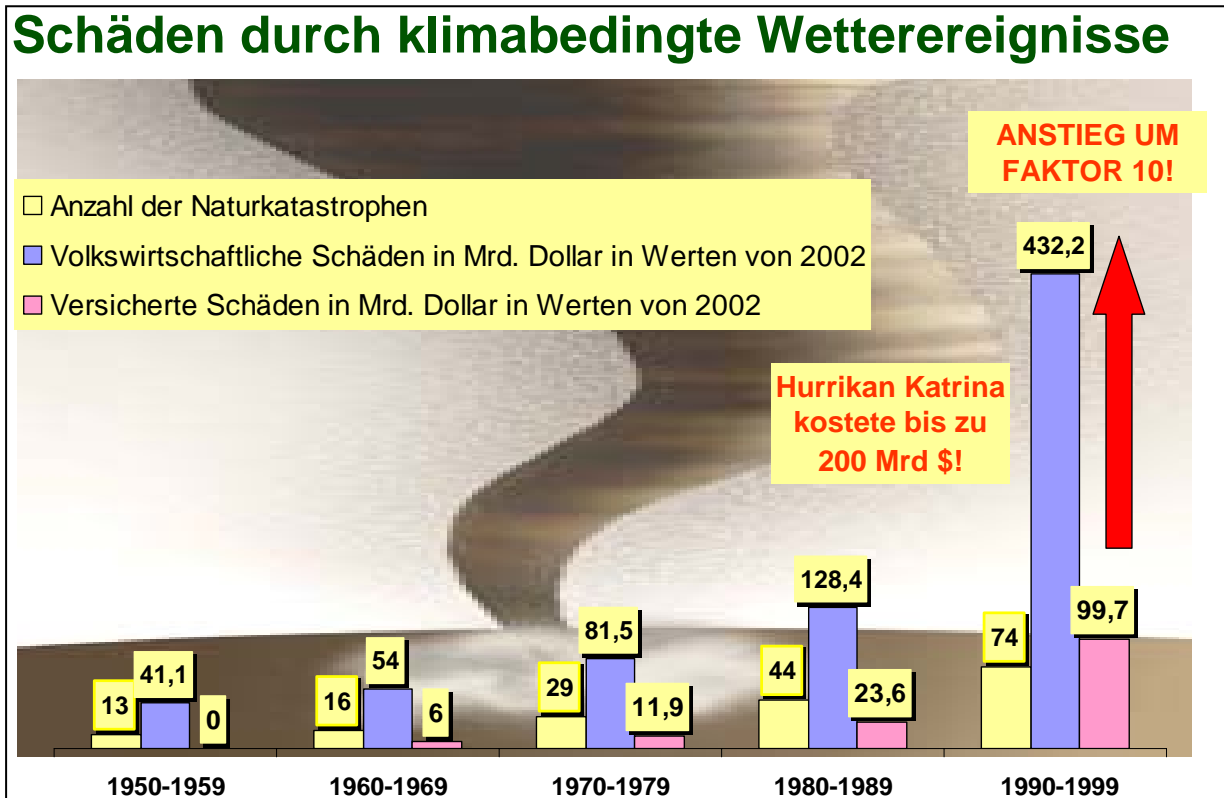
1.2 Klimaproblematik

Dass es überhaupt Leben auf unserem Planeten gibt, verdanken wir unserer Atmosphäre. Sie enthält die so genannten Treibhausgase, die wie ein schützender Mantel den Erdball umgeben und verhindern, dass die Wärme der Erde ins All entweicht. Ohne diesen Effekt wären die Temperaturen auf der Erde lebensfeindlich kalt (natürlicher Treibhauseffekt). Unser derzeitiges Problem ist, dass die Menge an Treibhausgasen, vor allem an Kohlenstoffdioxid (CO₂), bedrohlich stark ansteigen. CO₂-Emissionen entstehen insbesondere bei der Verbrennung fossiler Energieträger (Erdölprodukte, Erdgas, Kohle). Wissenschaftliche Studien belegen, dass weltweit jährlich mehr als 24 Milliarden Tonnen des Treibhausgases Kohlenstoffdioxid emittiert werden. Es reichert sich zusammen mit anderen Klimagasen – wie Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW), Methan und Ozon – in der Atmosphäre an und verstärkt dort den Treibhauseffekt. Da die kurzwelligen und energiereichen Sonnenstrahlen zwar auch weiterhin auf die Erdoberfläche treffen, die von der Erde zurückgesandten, langwelligen Wärmestrahlen jedoch von den Klimagasen in der Atmosphäre absorbiert und teilweise wieder zur Erdoberfläche reflektiert werden, ist letztlich ein stetiger Temperaturanstieg zu verzeichnen. Bei einem weiteren Ausstoß von Treibhausgasen ist zu erwarten, dass bis 2100 die globale Durchschnittstemperatur um 1,4°C bis 5,8°C gestiegen sein wird.

Die Folgen einer stetigen Erwärmung (in kurzer Zeit) sind für unsere Ökosysteme katastrophal. Da viele Lebewesen nur eine geringe Toleranz in Bezug auf schlagartige klimatische Veränderungen zeigen, würden sie den Umweltbedingungen nicht standhalten und aussterben. Die Reduktion der Artenvielfalt wird weiterhin von einer zunehmenden Ausbreitung von Tropenkrankheiten sowie einer Verschärfung im Bereich der globalen Niederschläge begleitet. Bereits aride Regionen würden noch trockener (Versteppung), während andere Gebiete unter extremen Flut- und Überschwem-

mungsereignissen sowie Naturkatastrophen zu leiden hätten. Die steigenden Meeresspiegel (bis zu 90 cm bis Ende 21. Jahrhunderts werden prognostiziert) bedrohen zudem viele Küstenregionen und Inselstaaten. Die klimatischen Veränderungen lassen sich auch durch Zahlen belegen, so schmolz beispielsweise das arktische Eis seit Mitte des 20. Jahrhunderts um 10 bis 15 Prozent und die Gletscher in den Ostalpen sind seit 1850 um etwa 50 Prozent zurückgegangen.

Auch an Zahl und Ausmaß wetterbedingter Katastrophen, basierend auf Daten eines der größten Rückversicherer der Welt lässt sich diese Entwicklung ablesen:



Quelle: Münchner Rückversicherung 2004

Die Folgen der Klimaveränderungen tragen also letztlich alle, Entwicklungsländer sogar noch viel stärker, da sie sich schwerer vor den Folgen schützen können. Verantwortlich für die dramatischen Entwicklungen sind dagegen vorwiegend die Industrienationen; weltweit emittieren sie 80 Prozent der Treibhausgase.

Während ein Inder jährlich etwa 1 Tonne CO₂ verursacht, entfallen auf einen durchschnittlichen Europäer schon 9, auf einen Deutschen 11 und auf einen US-Bürger sogar 20 Tonnen CO₂. In Deutschland etwa leben nur 1,3 Prozent der Weltbevölkerung, gleichzeitig belasten wir das Klima mit 4,5 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Die Entwicklungsländer drängen daher zu Recht darauf, dass die Industrienationen den Ausstoß der Treibhausgase drastisch reduzieren. Maßnahmen zur globalen Reduzierung der schädlichen Emissionen wurden erstmalig 1992 auf dem Erdgipfel zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro diskutiert (Klimarahmenkonvention) und 1997 mit verbindlichen Zielen für die Industrienationen im so genannten Kioto-Protokoll festgelegt. Der entscheidende Artikel des Vertrages beinhaltet die Verpflichtung der Industrienationen ihre gesamten Treibhausgasemissionen innerhalb des Verpflichtungszeitraumes 2008 bis 2012 um mindestens 5 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken.

Bedauerlich ist allerdings, dass sich die USA seit 2001 aus der Debatte zurückgezogen haben und damit die Ratifizierung des Protokolls beinahe zum Scheitern gebracht hätten. Letztlich ist es aber doch noch am 16.02.2005 in Kraft getreten.¹

Die Klimaforscher sagen uns, dass die weltweiten jährlichen Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 50 - 70 Prozent reduziert werden müssen, damit die Folgen des Klimawandels noch einigermaßen beherrschbar bleiben.

Eine Reduktion der weltweiten Treibhausgasemissionen um 50 - 70 Prozent bedeutet für die Industriestaaten, dass sie ihre Emissionen sogar um 70 - 90 Prozent reduzieren müssen, wenn

- Schwellen- und Entwicklungsländern die Möglichkeit gegeben werden soll, sich wirtschaftlich noch zu entwickeln, was zwangsläufig eine gewisse Erhöhung ihrer Emissionen bedeuten wird,
- man davon ausgeht, dass die heutigen Industrieländer eine größere Verantwortung haben, einen nachhaltigen Wirtschaftsstil zu entwickeln, da es fatal wäre, wenn Schwellen- und Entwicklungsländer unsere heutige Produktions- und Lebensweise übernehmen würden, die zwar im Einzelfall eine höhere Energieproduktivität aufweist, aber dennoch niemals auf die ganze Welt übertragbar wäre.

Macht man sich dieser Herausforderung bewusst, wird klar, dass die Wahl der richtigen Instrumente zur Minderung des CO₂-Ausstoßes von entscheidender Bedeutung ist.

B. VORSTELLUNG MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE

Das Gut „saubere und intakte Umwelt“ stand lange Zeit kostenlos und im Überfluss zur Verfügung. Die kostenlose Nutzung und das Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft führten zu einer Übernutzung natürlicher Ressourcen. Was aber nicht verschwendet werden soll, muss einen angemessenen Preis haben – auch die Umwelt.

Bei marktwirtschaftlichen Instrumenten geht es nicht darum, Verhaltensregeln aufzustellen, Strafen, Gebote und Verbote zu erlassen oder Grenzwerte festzulegen, wie dies bei ordnungspolitischen Instrumenten der Fall ist, sondern es werden wirtschaftliche Anreize für umweltfreundliches Verhalten gegeben – z.B. durch Verteuerung oder Subventionierung von Produkten oder Ressourcen oder durch eine steuerliche Belastung des Einsatzes umweltschädlicher Stoffe. Die Nutzung natürlicher Ressourcen – sowohl für die Versorgung mit Gütern als auch für die Aufnahme der nicht benötigten Abfallprodukte – soll auch in Geldwerten ausgedrückt werden. Durch solche Maßnahmen des Gesetzgebers soll sich umweltfreundliches Verhalten wirtschaftlich lohnen, nicht nur moralisch gerechtfertigt sein. Ökonomische Instrumente erfüllen in besonderem Maß die Verknüpfung ökologischer Effektivität, ökonomischer Effizienz und dynamischer Innovationsanreize.

Marktwirtschaftliche Instrumente leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Internalisierung der externen Kosten und zu einem kostengünstigen Umweltschutz, indem sie die Verursacher stärker belasten. Als externe Kosten bezeichnet man die in Geldwerte umgerechneten Auswirkungen einer Aktivität (Produktion, Konsum) auf Dritte, die nicht kompensiert wird. Die Kosten fallen meist im Umwelt- oder Gesundheitsbereich an, z.B. durch Schadstoffe ausgelöstes Waldsterben oder für Gesundheitsschäden. Das Verursacherprinzip hingegen bedeutet, dass derjenige, der Kosten verursacht, diese auch selber bezahlt. Dies heißt demzufolge auch, dass jemand der für Umweltschäden verantwortlich ist, für diese selber aufkommen muss. Kurz gesagt, der Verursacher (Produzent oder

¹ Die Staaten, die das Protokoll unterschrieben und ratifiziert haben, wollen ihren Ausstoß an Treibhausgasen um durchschnittlich 5,2 Prozent senken, die EU-Staaten sogar um 8 Prozent.

Anwender eines Produktes) – und nicht der Staat – ist für die Folgen seines Verhaltens verantwortlich.

Der Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik führt dazu, dass Konsumenten und Unternehmen die Umweltbelastung dort reduzieren, wo mit geringem Aufwand viel erreicht werden kann. Sie lassen dem Einzelnen größere Handlungsfreiheit als Vorschriften und erlauben es, die Kosten der Umweltbelastung den Verursachern anzulasten.

Idealerweise entspricht dieser neue - durch marktwirtschaftliche Instrumente erhöhte - Preis gerade den Kosten, die der Allgemeinheit z.B. durch Klimaänderungen aufgebürdet werden. Jeder der nun diese Umweltressource nutzen will – z.B. indem er beim Autofahren seine Emissionen in der Atmosphäre ablagert – wird mit den Kosten seines Handelns konfrontiert. Jetzt muss jeder einzelne, ob Privatmann oder Unternehmen, sich überlegen: Ist das, was ich gerade tun will, seinen Preis wirklich wert? Oder kann ich darauf verzichten? Oder gibt es vielleicht andere technische Möglichkeiten, die mit weniger Verbrauch an Umweltressourcen auskommen? Damit machen sich Millionen von Akteuren darüber Gedanken, wie sie ihre Umwelnutzung mit möglichst geringen Kosten verringern können – innovative und volkswirtschaftlich kostengünstige Lösungen werden entwickelt, die man mit Gesetzen allein so nicht erreicht hätte.

Im Folgenden werden exemplarisch drei zentrale marktwirtschaftliche Instrumente vorgestellt: Ökologische Steuerreform, Emissionshandel und Subventionsabbau.

2.1 Ökologische Steuerreform

Die Ökologische Steuerreform folgt einem einfachen Prinzip: Energie und umweltschädlicher Verkehr wird teurer, Arbeit wird entlastet. Das hilft der Umwelt und schafft Arbeitsplätze.

Mit dem Gesetz zum Einstieg in die Ökologische Steuerreform (ÖSR) wurden in einer ersten Stufe zum 01. April 1999 alle Kraftstoffe mit 6 Pfennig pro Liter, leichtes Heizöl mit 4 Pfennig pro Liter, Erdgas mit 0,32 Pfennig pro Kilowattstunde und Strom mit 2 Pfennig pro Kilowattstunde zusätzlich besteuert.

| Steuer bis 1998 (vor Einführung der Ökosteuern) | | | Stufe 1 | Stufe 2 | Stufe 3 | Stufe 4 | Stufe 5 | Aktuelle Ergänzung 5.Stufe** | Gesamt- steuersatz | Davon Ökosteuer |
|---|--------------|------|----------|----------|----------|----------|----------|------------------------------------|-----------------------|--------------------|
| | Einheit | | 01.04.99 | 01.01.00 | 01.01.01 | 01.01.02 | 01.01.03 | 01.01.03 | | |
| Normal- und Superbenzin | Cent/l | 50,1 | 3,07 | 3,07 | 3,07 | 3,07 | 3,07 | 0 | 65,45 | 15,34 |
| Diesel | Cent/l | 31,7 | 3,07 | 3,07 | 3,07 | 3,07 | 3,07 | 0 | 47,04 | 15,34 |
| Leichtes Heizöl | Cent/l | 4,09 | 2,05 | - | - | - | - | 0 | 6,14 | 2,05 |
| Schweres Heizöl | Cent/l | 1,53 | - | 0,26 | - | - | - | 0,71 | 2,5 | 0,97 |
| Erdgas | Cent/ kWh | 0,18 | 0,16 | - | - | - | - | 0,20 | 0,55 | 0,36 |
| Strom | Cent kWh | - | 1,02 | 0,26 | 0,26 | 0,26 | 0,26 | 0 | 2,05 | 2,05 |
| Ökosteureinnahmen | Mrd. Euro | - | 4,3 | 8,8 | 11,8 | 14,3 | 18,6 * | 18,9 * | | |
| Rentenversicherungsbeitrag (Prozent vom Bruttolohn) | % | 20,3 | 19,5 | 19,3 | 19,1 | 19,1 | 19,5* | 19,5* | | |

*Prognose ; ** Durch das Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform vom 23.12.2002 wurde die 5.Stufe verändert

In vier weiteren Stufen wurde sie bis zum Jahr 2003 fortgesetzt. Jeweils zum 1. Januar der Jahre 2000 bis 2003 wurde dabei die Steuer auf Kraftstoffe um 6 Pfennig pro Liter und auf Strom um 0,5 Pfennig pro Kilowattstunde angehoben. Ab dem 01.11.2001 wurden Kraftstoffe mit einem Schwefelgehalt von mehr als 0,05 g/kg zusätzlich mit 3 Pfennig pro Liter besteuert; ab dem 01.01.2003 wurde dieser Grenzwert auf 0,01 g/kg abgesenkt.

Das entstehende Steueraufkommen wird weitgehend zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge verwendet. Die ÖSR soll die steuerliche Last vom Faktor Arbeit nehmen und auf den Faktor Energie verlagern.

Die ÖSR schafft dadurch Anreize, um Energie zu sparen und diese effizienter zu nutzen. Darüber hinaus werden durch die Besteuerung Anreize gegeben, die erneuerbaren Energien stärker auszubauen und energiesparende Produkte und Verfahren zu entwickeln (z.B. sparsame Motorentechnologien). Diese (Weiter-)Entwicklungen moderner, hoch technisierter Verfahren und Produkte schafft wiederum Arbeitsplätze und trägt somit auch zur Standortsicherung bei.

Durch die Einnahmen aus der Ökosteuer werden die Rentenversicherungsbeiträge gesenkt – dies macht Arbeit billiger und fördert somit ebenfalls die Beschäftigung. Studien belegen, dass ohne die Zuschüsse aus der Ökosteuer die Rentenbeitragsbelastungen um mindestens 1,7 Prozentpunkte höher lägen.

Ein kleiner Teil der Einnahmen wird zudem direkt in Umweltprojekte investiert, so dass hier eine doppelte Umweltwirkung eintritt. Schädliche Energieträger werden teurer und verlieren an Attraktivität, während zugleich mit den so erhaltenen Geldern Umweltprojekte finanziert werden können (hierzu zählen unter anderem auch Projekte zur Förderung Erneuerbarer Energien sowie zur energetischen Altbausanierung und Heizungsmodernisierung).

Die Funktionsfähigkeit der Steuerreform lässt sich durch Zahlen belegen: Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik sind der Kraftstoffverbrauch und damit auch die CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich in fünf aufeinander folgenden Jahren (2000-2004) rückläufig, während sie vorher nahezu ausnahmslos anstiegen.

1. Rückgang des Kraftstoffverbrauchs im Straßenverkehr (% ggü. Vorjahr)

| 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 |
|-------|-------|-------|-------|-------|
| -2,8% | -1,0% | -2,3% | -3,5% | -2,3% |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Außerdem steigen im öffentlichen Verkehr – ebenfalls erstmals seit vielen Jahren – die Fahrgastzahlen seit 1999 wieder an. Nachdem bis 1998 zunehmend weniger Fahrgäste den öffentlichen Personenverkehr nutzten, gingen die Fahrgastzahlen erstmals wieder in sechs aufeinander folgenden Jahren nach oben.

2. Entwicklung der Fahrgastzahlen im öffentlichen Personenverkehr 1999 bis 2003 (% ggü. Vorjahr)

| 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| +0,4% | +0,8% | +0,8% | +0,5% | +1,5% | +0,9% |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Auch mehrere führende Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigen, dass die Ökologische Steuerreform mit ihren stetigen Erhöhungsstufen ein sinnvolles und wirksames Konzept ist. In einer Studie zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ökologischen Steuerreform ermittelte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zusammen mit anderen Instituten nicht nur eine deutliche ökologische Lenkungswirkung. Auch die beschäftigungspolitischen Auswirkungen fallen mit 250.000 neuen Arbeitsplätzen bis 2003 sehr positiv aus, während die übrige gesamtwirtschaftliche Entwicklung kaum, sogar leicht positiv, beeinflusst wird.

Aus wirtschafts-, umwelt- oder sozialpolitischen Gründen wurden im Rahmen der ökologischen Steuerreform von Beginn an mineralöl- und stromsteuerliche Begünstigungen geschaffen. Energieintensive Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft wurden bis 2003 nur mit 20 Prozent des Ökosteuersatzes auf Heizstoffe und des Stromsteuersatzes belastet. Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, die trotz dieser Begünstigung besonders belastet sind, erhalten darüber hinaus einen zusätzlichen Vergütungsanspruch, dessen Höhe sich an der Belastung durch die Ökosteuer – mit Ausnahme des auf die Kraftstoffe entfallenden Anteils – einerseits und der Entlastung durch die Senkung des Arbeitgeberanteils an den Rentenversicherungsbeiträgen andererseits orientiert (sog. Spitzenausgleich).

Mit der steuerlichen Begünstigung wurde allerdings in Kauf genommen, dass die Lenkungswirkung der Ökosteuer abgeschwächt wird. Nach einer fast vierjährigen Anpassungszeit wurden diese Steuerbegünstigungen deshalb in weiten Bereichen abgeschmolzen, ohne die internationale Wettbewerbssituation der Unternehmen zu gefährden, aber gleichzeitig ökologische Anreize zur effizienten Energienutzung zu verstärken. Die ermäßigten Ökosteuersatzesätze für das Produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft für Strom, Heizöl und Erdgas wurden am 1. Januar 2003 von 20 auf 60 Prozent der Ökosteuerregelsätze erhöht. Die Berechnungsgrundlage für den Spitzenausgleich wurde so umgestellt, dass auch bei hohem Energieverbrauch eine moderate, jedoch ökologisch sinnvolle Grenzsteuerbelastung verbleibt.

Besonders positiv wirken Ökosteuern und Emissionshandel (siehe 2.2), wenn sie langfristig angelegt sind und die Erhöhung von Ökosteuern und/oder die Senkung von Zertifikatsmengen in langfristig festgelegten Schritten erfolgt. Dann kann sich jeder darauf einrichten bei seinem Hausbau, seinem nächsten Autokauf oder der nächsten Investitionsentscheidung in einem Unternehmen.

2.2 Emissionshandel

Um umweltschädliche Emissionen wie zum Beispiel CO₂ (Kohlendioxid) zu verringern, werden an die Unternehmen, die durch ihre Anlagen Emissionen ausstoßen, so genannte Emissionsrechte oder Emissionszertifikate vergeben. Diese Zertifikate erlauben eine genau definierte Menge CO₂ auszustößen.

Anlagen, die voraussichtlich mehr CO₂ ausstoßen als ihnen Zertifikate zur Verfügung stehen, können entweder von anderen Anlagebetreibern Zertifikate zukaufen oder versuchen, ihren Energieverbrauch zu senken. Da es derzeit noch keine technisch ausgereifte und wirtschaftlich rentable Möglichkeit gibt, CO₂ heraus zu filtern, besteht die einzige Möglichkeit der CO₂-Reduktion in Effizienzverbesserungen, dem Einsatz Erneuerbarer Energien und Energiesparmaßnahmen. Dadurch wird es möglich, auf Basis des Energieeinsatzes und eines festen Umrechnungsschlüssels (den es aufgrund des fixen Verhältnisses von Kohlenstoffgehalt eines Energieträgers und dem CO₂-Ausstoß gibt) den CO₂-Ausstoß zu errechnen.

Welche von den beiden Optionen das Unternehmen letztendlich wählt, wird zum einen vom Zertifikatspreis abhängen, zum anderen von seiner Kostenstruktur: So wird Unternehmen 1 solange CO₂-Einsparungen vornehmen, wie die Einsparkosten pro Tonne CO₂ niedriger sind als der Zertifikatspreis pro Tonne CO₂. Ab diesem Punkt ist es für das Unternehmen kostengünstiger, Zertifikate zuzukaufen. Auch Unternehmen 2 wird ebenfalls so lange CO₂-Einsparungen vornehmen, wie die Kosten dafür unter dem Zertifikatspreis liegen – auch wenn es gar nicht so viel einsparen müsste. Nicht benötigte Zertifikate kann es schließlich mit einem Gewinn weiterverkaufen, da die überzähligen Zertifikate gehandelt werden.

Es handelt sich somit um ein extrem kosteneffizientes System: Im Falle einer pauschalen Regulierung von Seiten des Staates, der einen bestimmten Höchstbetrag an CO₂-Ausstoß pro Anlage vorschreibt, würde Unternehmen 1 seinen CO₂-Ausstoß zu höheren Kosten senken, als dies Unternehmen 2 könnte. Unter klimapolitischen Aspekten sind beide Optionen gleich gut, da das Ergebnis dasselbe ist. Der Emissionshandel ist aber bei gleichem Ergebnis unter volkswirtschaftlichen Kos-

tengesichtspunkten effizienter, da dort CO₂ eingespart wird, wo es am kostengünstigsten und einfachsten möglich ist.

Ergänzend zu dem Emissionshandel sieht das Kioto-Protokoll auch noch die flexiblen Instrumente Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM) vor. Bei ersterem handelt es sich um treibhausgasreduzierende Projekte, die von einem Industriestaat in einem anderen Industrieland durchgeführt werden. Dafür werden ihm die erfolgten Minderungen gut geschrieben. Ähnlich funktioniert auch der Clean Development Mechanism, allerdings mit dem Unterschied, dass hier das Projekt zwischen einem Industriestaat und einem Entwicklungsland statt findet.

Der Emissionshandel – gestartet 2005 – findet EU-weit statt, die konkrete Ausgestaltung bleibt aber teilweise den einzelnen Ländern überlassen. Die erste Phase des Handels begann 2005 und läuft bis 2007. Entsprechend der EG-Richtlinie 2003/87/EG über den Treibhausgashandel in der EU haben die Länder den Emissionshandel in nationales Recht umzusetzen und in Nationalen Allokationsplänen (NAP), die von der EU genehmigungsbedürftig sind, die nähere Ausgestaltung zu regeln: die Menge der zu verteilenden Zertifikate, welche Anlagen vom Emissionshandel erfasst werden sowie mögliche Sanktionen. So erhalten in Deutschland in der ersten Emissionshandelsphase 1.849 Anlagen aus den Sektoren Energie (2/3 der gesamten Anlagen), Stahl, Papier, Baustoffe und Keramik kostenlose Emissionsrechte im Umfang von 503 Millionen Tonnen jährlich. Die Verteilung erfolgt auf Basis vergangener Emissionen, das Basisjahr liegt dabei zwischen 2000 und 2002, je nach Alter der Anlage.

Zu Beginn der zweiten Phase von 2008 bis 2012 wird die Menge der Emissionsberechtigungen reduziert und neu zu geteilt.

2.3 Subventionen und Subventionsabbau

Der Begriff Subvention kommt vom lateinischen Wort „subvenire“, was „zu Hilfe kommen“ bedeutet. Unter Subventionen versteht man ganz unterschiedliche Leistungen; überwiegend sind damit staatliche Zuwendungen an Private – die einem bestimmten politischen Zweck dienen – gemeint. Damit wird auch sofort klar, dass Subventionen nicht nur den Wettbewerb in einem Sektor stark beeinflussen können, sondern dass sich auch die volkswirtschaftliche Bedeutung eines Sektors durch Subventionen steuern lässt. Ziel von Subventionen ist die Unterstützung bzw. Erhaltung von Einkommen, Produktion und/oder eine Beeinflussung der jeweiligen Marktpreise. Durch Subventionen versucht der Staat, Einfluss auf die sektorale oder räumliche Wirtschaftsstruktur zu nehmen, den Strukturwandel abzufedern und Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten oder zu schaffen. Sie dienen also oft der Umsetzung von Zielen der Strukturpolitik. Subventionen können dabei in Form von Finanzhilfen (Subventionen im engeren Sinne), Steuerreduzierungen, Zollbefreiungen, Gebührenermässigungen/-befreiungen wie auch Sozialleistungen bestehen (Subventionen im weiteren Sinne).

In ihren Auswirkungen können Subventionen durchaus auch ökologisch schädlich sein. Als umweltschädliche Subventionen gelten beispielsweise die Agrar- und Kohlesubventionen oder auch die Tatsache, dass der Flugverkehr – im Gegensatz etwas zur Bahn – bisher keinerlei Energiebesteuerung unterliegt und somit ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Verkehrsträgern genießt. Ein Subventionsabbau in diesem Bereich würde also der Umwelt nutzen.

Neben diesen umweltschädlichen Subventionen sind allerdings auch Subventionen zu nennen, die als ökologisch vorteilhaft gelten. Insbesondere etwa Programme zur Förderung von Erneuerbaren Energien, zum Energiesparen oder Techniken zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe und umweltfreundlichen Technologien sollten hier erwähnt werden. Hier dienen die Subventionen z.B. dazu, neuen Techniken zum Durchbruch auf dem Markt zu verhelfen, weil sie für das Gemeinwohl Vorteile gegenüber bisherigen Techniken versprechen.

C. DISKUSSION DER INSTRUMENTE

All diese Instrumente sind natürlich nicht unumstritten. An Ökosteuer, Emissionshandel und Subventionen wird häufig auch Kritik geübt. Nachfolgend soll auf die wichtigsten problematischen Punkte der marktwirtschaftlichen Instrumente eingegangen und Ansatzpunkte für eine Diskussion geboten werden.

3.1 Kritik an der Ökosteuer

Ein Kritikpunkt an der Ökologischen Steuerreform sind die befürchteten negativen Effekte auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Kritiker der ÖSR erwarten, dass Unternehmen, die sehr energieintensiv sind und nun höhere Kosten haben, ins Ausland abwandern, wo es niedrigere Energiepreise gibt. Aus diesem Grund wurden in Deutschland Sonderregelungen für energieintensive Industriebereiche geschaffen, die eine Reduzierung des Ökosteuersatzes beinhalten.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Kritiker bemängeln, dass Personen mit niedrigerem Einkommen stärker belastet werden als Personen mit höherem Einkommen.

Bezüglich der Umsetzung der Ökosteuer in Deutschland gibt es insbesondere Kritik an der zu gering ausgefallenen Reduzierung der Rentenbeiträge. Die Rentenbeiträge sind zwar gesunken, aber die Reduzierung entsprach nicht den erhofften Erwartungen (0,8% statt 1,7%). Der Grund dafür sind zum Beispiel auch demographische Effekte und die hohe Arbeitslosigkeit.

Insgesamt widerlegen die Erfahrungen der ersten fünf Jahre der deutschen Ökosteuer die meisten zuvor – und zum Teil sogar bis heute – erhobenen Gegenargumente. Die tabellarische Übersicht bietet eine kurze Übersicht über die häufigsten Kritikpunkte:

| Die Entwicklung seit 1999 widerlegt die meisten Behauptungen der Ökosteuergegner | |
|--|--|
| Gegnerbehauptung | Tatsächliche Entwicklung |
| „Ökosteuern dienen nur als Vorwand, Steuer- und Staatsquote weiter nach oben zu treiben.“ | Trotz Erhöhung der Energiesteuern um 55 Prozent sank die volkswirtschaftliche Abgabenquote von 1999 bis 2003 um mehr als vier Prozent. |
| „Eine erfolgreiche Ökosteuer würde sich rasch selbst erschöpfen, weil die Steuerbasis erodiert.“ | Höhere Energiesteuern führen zwar zum Rückgang des Energieverbrauchs. Dennoch steigt das Steueraufkommen unterm Strich, weil der Steuersatz stärker steigt als die Basismenge sinkt. Von einer wirklichen „Erosion“ des Energieverbrauchs sind wir leider weit entfernt. |
| „Ökosteuern kosten Arbeitsplätze.“ | Das Gegenteil ist richtig. Durch die Senkung der Lohnnebenkosten, die Innovationswirkung und die stärkere Entlastung von verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungen werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und zusätzliche geschaffen. Das DIW geht in einer umfangreichen Studie von bis zu 250.000 neuen Arbeitsplätzen bis 2003 durch die ÖSR aus. |
| „Ökosteuern bedeuten nur Tanken für die Rente.“ | Mit Hilfe der Ökosteuer werden erstmals alle versicherungsfremden Leistungen in Höhe von 60 bis 80 Mrd. Euro steuerfinanziert . Ohne ÖSR lägen die Rentenbeiträge heute 1,7 Prozentpunkte höher. Der tatsächliche Rentenbeitrag wurde um 0,8 Prozentpunkte gesenkt. Unabhängig davon sind langfristige Reformen zur Senkung der Rentenausgaben eingeleitet. |
| „Ökosteuern bringen nichts für die Umwelt.“ | Das ist falsch. Der Kraftstoffverbrauch im Verkehr ist erstmals seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland in vier aufeinander folgenden Jahren gesunken, während gleichzeitig die Nutzung des Öffentlichen Verkehr wuchs. Die CO₂-Emissionen konnten um sechs bis sieben Prozent gesenkt werden . Die Nachfrage nach sparsamen Autos und Geräten stieg und auch die Erneuerbaren Energien werden durch das Marktanzreizprogramm aus einem Teil der ÖSR-Erträge gefördert. |
| „Ökosteuern belasten die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb.“ | Inbesondere durch die ermäßigten Ökosteuersatzes (s.o.) profitiert das produzierende Gewerbe im Verhältnis zum Regelsteuersatz von rund 4,7 Milliarden Euro Steuervergünstigung pro Jahr (2003, Quelle DIW). Insgesamt werden die Arbeitgeber bei ihrem Anteil an den Lohnnebenkosten aufgrund der hälftigen Finanzierung um 8,5 Milliarden Euro pro Jahr geringer belastet als ohne Ökosteuer. Durch die Anreizwirkung |

| | |
|---|---|
| | für die Entwicklung energiesparender Fahrzeuge und Geräte bekommt die deutsche Wirtschaft zusätzlich einen Innovationsvorsprung für den Export. |
| „ Steuern sollen nicht lenken – Ökosteuern sind verfassungswidrig! “ | Das Bundesverfassungsgericht hat 2004 überaus eindeutig die Zulässigkeit von Ökosteuern mit Lenkungszwecken bestätigt . Aus ökonomischer Sicht gibt es keine Steuern ohne Lenkungseffekte, nur welche mit volkswirtschaftlich erwünschten und unerwünschten Lenkungseffekten. |
| „ Deutschland hat Ökosteuern im nationalen Alleingang eingeführt. “ | Die Mehrheit der EU15-Staaten hat mittlerweile nationale Ökosteuern eingeführt, zu meist sogar vor Deutschland. Seit 2004 müssen durch die einstimmig verabschiedete EU-Energiesteuerrichtlinie alle EU25-Staaten steigende Mindestenergiesteuersätze befolgen. Die Ökologische Steuerreform hat sich mit ähnlichen Ansätzen damit grundsätzlich in der ganzen EU durchgesetzt und auch viele Nicht-EU-Länder ahmen das Erfolgsmodell nach. |

3.2 Kritik am Emissionshandel

Oft beinhaltet Kritik am Emissionshandel leider auch eine Kritik an den Kiotozielen oder gar den Klimaschutzzielen allgemein. So sind einige Kritiker der Meinung, dass Europa weit vom im Kioto-Protokoll intendierten Ziel entfernt ist, mithilfe der Kioto-Mechanismen die Klimaschutzkosten der Industriestaaten in „erträglichen“ Grenzen zu halten und durch weltweite Zusammenarbeit den Klimaschutz effektiver und kosteneffizienter zu machen.

Kritiker des Emissionshandels aus der Wirtschaft sehen die Gefahr der Abwanderungen deutscher Firmen ins Ausland, weil Wettbewerbsnachteile für deutsche Firmen im internationalen Vergleich befürchtet werden, wenn z.B. im Ausland weniger strikte Mengenbegrenzungen (aufgrund unterschiedlicher Reduktionsziele) oder laschere Kontrollsysteme gelten. Einerseits fordern einige Kritiker, dass damit der Emissionshandel, der erstmals direkt Energienutzung und CO₂-Emissionen verknüpft, tatsächlich für die Steigerung der Kosteneffizienz klima- und energiepolitischer Maßnahmen eingesetzt werden kann, international ausgebaut werden muss. Andererseits wird auch die völlige Abschaffung des Emissionshandels gefordert.

Die Kritik von Seiten der Umweltverbände fällt anders aus. Hier beklagt man sich viel mehr über die zu geringe Höhe der Reduktionswerte. Die Umweltverbände sind sich einig, dass die erlaubte Ausstoßmenge immer noch deutlich zu hoch ist und die Reduktion zu langsam voranschreitet. Außerdem fordern sie, dass mittelfristig ein wachsender Anteil der Zertifikate versteigert werden sollte (bisher wurden sie kostenlos abgegeben), um die ökonomische Effizienz des Emissionshandels zu verbessern und dem Verursacherprinzip gerecht zu werden. Bei dieser Auktionierung geht es in erster Linie um die Abschöpfung der so genannten „wind fall profits“, die den Unternehmen durch die kostenlose Zuteilung bei gleichzeitiger Einbeziehung z.B. in die Strompreise (wenn sie die Zertifikate anschließend handeln) zufallen.

3.3 Kritik an Subventionen

Das Problematische an Subventionen ist, dass sie den marktwirtschaftlichen Wettbewerb verzerren, besonders wenn kurzfristig gedachte Subventionen zu dauerhaften Einrichtungen werden. Das bestimmte Produkte oder Dienstleistungen „künstlich“ günstiger gemacht werden, bedarf einer Begründung durch das Gemeinwohl.

Eine weitere Gefahr besteht darin, dass sie oft weniger aus wirtschaftlichen Erwägungen als vielmehr zur Wahrung politischer Interessen bestimmter Wählergruppen gewährt werden (Pendler, Landwirte etc.). Dazu kommen Bürokratiekosten für die Verwaltung und Kontrolle der Subventionen sowie eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte.

Das Leitbild der langfristigen Subventionsfreiheit setzt faire Rahmenbedingungen und eine faire Startposition für den freien Wettbewerb voraus, die durch die jahrzehntelangen Förderungen insbe-

sondere von Atomenergie und Kohle durch Subventionen und subventionsähnliche Regelungen nicht gegeben sind.

Da viele Subventionen ökologisch kontraproduktiv sind, wie zum Beispiel die Subventionen von Steinkohle, die Befreiung des Luftverkehrs von der Mineralölsteuer oder die Eigenheimzulage, fordern viele Umweltverbände, dass umweltschädliche Subventionen abgebaut oder umgestaltet werden sollten.

D. AUSBLICK NACH EUROPA

Europaweit steht Deutschland sicherlich nicht allein auf weiter Flur, wie es von Kritikern der Öko-steuer immer wieder gern behauptet wird. In vielen Ländern Europas gibt es bereits CO₂- und Energieabgaben. Bereits seit über zehn Jahren erheben Finnland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Großbritannien und Niederlande entsprechende Ökosteuern im Energie- und Klimabereich. Die EU-Energiesteuerrichtlinie führt zu weiteren Anhebungen der Energiesteuersätze in einigen Mitgliedsstaaten. Unabhängig davon planen viele Länder weitere Schritte der ÖSR. Zum 1. Januar 2005 traten unter anderem in Luxemburg, Dänemark, Schweden, Polen und den Niederlanden weitere Erhöhungen der Steuern auf Energie und/oder Treibstoffe in Kraft. 2004 erhöhte Österreich seine Steuern auf Diesel und auch die Schweiz erhebt seit 1. Oktober 2005 einen „freiwilligen“ ökologischen Zuschlag auf Benzin und Diesel, den so genannten „Klimarappen“, und führt ab 2006 eine CO₂-Steuer auf Heizöl ein.

Der Emissionshandel findet sowieso auf europäischer Ebene statt; Emissionszertifikate sollen EU-weit ge- und verkauft werden. Das bedeutet, die Rahmenbedingungen sind europaweit beschlossen. Innerhalb Europas entsteht somit eher ein Markt, der nicht nur Chancen für die Umwelt eröffnet, sondern auch den Unternehmen neue Möglichkeiten bietet.

Subventionen hingegen sind auch im europäischen Rahmen ein Problem. Allen voran sorgten die Landwirtschaftssubventionen der Europäischen Union in den vergangenen Jahren immer wieder für Diskussionsstoff.

Allein 2001 flossen fast 50 Prozent des gesamten EU-Haushalts in den Agrarsektor. Problematisch ist dies vor allem auch aus ökologischer Sicht. Die massive Düngung und der Einsatz von Pestiziden führen zu nachhaltigen Schäden bei Böden und Gewässern. Der meist falsche Einsatz von Subventionen macht umweltgefährdendes Wirtschaften häufig gerade erst finanziell interessant und führt weder zu Modernisierung noch zu Veränderungen. Eine Reduktion der Umweltbelastungen durch die Landwirtschaft wird so verhindert.

INFORMATIONEN ZU DEN MATERIALIEN

Die Arbeitsblätter „Einstiegsquiz und Diskussionsanregungen“ sind als Einstieg ins Thema gedacht, wo die Schüler zunächst völlig unvorbereitet ihre Einschätzungen abgeben sollen. Interessant sind hier sicher so manche Abweichungen der landläufigen Meinung gegenüber den tatsächlichen Werten oder auch ein eventueller Meinungsumschwung nach der Besprechung der Sachverhalte (bspw. „Wer ist schuld am hohen Benzinpreis?“) mit Hilfe des beiliegenden Foliensatzes.

Lösungen zu den Arbeitsblättern:

ENERGIEVERBRAUCH UND KLIMAWANDEL

1. Wie viel Strom wird bei Standby-Betrieb in Deutschland pro Jahr verbraucht?
 - c) höher als der jährliche Stromverbrauch von Berlin

Schätzungen gehen von 20 Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr im Standby-Modus aus. Das entspricht der Stromerzeugung von zwei Großkraftwerken. Zum Vergleich: Der jährliche Stromverbrauch von Berlin liegt bei 14 Milliarden Kilowattstunden.

2. Wie viel Energie spart eine Energiesparlampe?
 - a) Eine Glühbirne „vergeudet“ mehr als 90 Prozent ihrer Energie, Energiesparlampen nutzen ihre Energie vier bis fünf Mal besser.

Bei einer herkömmlichen Glühbirne fließt der elektrische Strom durch einen dünnen Draht, erhitzt diesen auf mehrere Tausend Grad Celsius und bringt ihn so zum Glühen. Die meiste Energie, über 90 Prozent, wird dabei allerdings nicht in Licht, sondern in Wärme umgewandelt und somit nicht genutzt.

Energiesparlampen nutzen die Energie dagegen vier bis fünf Mal besser. Für die gleiche Menge an Licht brauchen sie bis zu 80 Prozent weniger Energie. Energiesparlampen sind somit nicht nur kostengünstiger als normale Glühbirnen, sondern auch umweltfreundlicher.

3. Wie viel Benzin lässt sich durch sparsame Fahrweise auf 100 km sparen?
 - c) zwischen 20 und 30 Prozent des Benzinverbrauchs

Kraftstoffverbrauch und Abgasmenge hängen nicht nur von Fahrzeug, Motor, Öl und Reifen ab. Bereits durch eine geeignete Schulung der Fahrerinnen und Fahrer können 20- 30 Prozent an Kraftstoff gespart werden. Hinzu kommt: Eine solche wirtschaftliche und umweltschonende Fahrweise geht gleichzeitig mit mehr Sicherheit einher und kann nachweislich die Unfallkosten und die damit verbundenen Personenschäden, Sachschäden und Ausfallzeiten reduzieren.

4. Bei Pkws redet man immer wieder vom Benzinverbrauch gemessen in Liter pro Hundert Kilometer. Was schätzt du, wie viel Kerosin verbraucht wohl ein Jumbo, Start und Landung nicht mitgerechnet, während des Reiseflugs auf 100 Kilometer?
 - b) etwa 1300 Liter Kerosin

*Der Brennstoffverbrauch eines Jumbos 747-400 wurde in unterschiedlichen Flugphasen untersucht. Auf den ersten zwei Kilometern der Startphase ist der Kerosin-Verbrauch extrem hoch: Das Flugzeug verbrennt auf dieser Strecke 470 Liter, berechnet nach Daten der Deutschen Lufthansa. Der anschließende Steigflug verschlingt etwa 3400 Liter auf 100 Kilometer. Beim Reiseflug in 10.000 bis 11.000 Meter Höhe sind es etwa 1300 Liter auf 100 Kilometer; das entspricht einem stündlichen Verbrauch von 12.500 Liter Treibstoff. Im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern verschlingt die Fortbewegung im Fluge sehr viel Energie. Umgerechnet auf den einzelnen Passagier werden bei Langstreckenflügen zwar nur etwa fünf Liter Kerosin auf 100 Kilometer benötigt. Dies bedeutet aber z.B. für die Strecke Singapur / New York **pro Person 83.000 Liter**. Bei Kurzstreckenflügen unter 400 km schlägt der erhöhte Verbrauch bei Start und Landung voll durch. Der Energieverbrauch pro Person ist dort 5-6 mal höher als bei einer Bahnfahrt.*

5. Wie viel Sprit verbraucht ein Formel 1-Auto während eines durchschnittlichen Rennens (in Liter pro 100 km)?
- c) Leistung hat seinen Preis – 70 Liter auf 100 km werden durchaus verbraucht.

In der Formel 1 wird Benzin verwendet, das weitgehend dem ganz normalen Super-Benzin entspricht, wie man es an jeder Tankstelle bekommen kann. Auch wenn der genaue Verbrauch ein gut gehütetes Geheimnis der Hersteller und Rennställe ist, kann man doch feststellen, dass ein Formel 1-Auto im Schnitt etwa 70 Liter auf 100 Kilometer benötigen dürfte – im Zweifelsfall ist aber auch ein Verbrauch von 1 Liter Benzin pro Kilometer durchaus möglich.

6. Welche der folgenden Gase gehören zu den Treibhausgasen?
- Methan (CH_4)
 - Flurchlorkohlenwasserstoffe (FCKWs) und Flurkohlenwasserstoffe (FKWs)
 - Wasserdampf
 - Kohlendioxid (CO_2)
 - Lachgas (N_2O)
 - Schwefelhexafluorid (SF_6)

Bei all diesen Gasen handelt es sich um Treibhausgase. Unterschieden werden dabei Treibhausgase anthropogenen (vom Menschen verursachten) und natürlichen Ursprungs. Im Gegensatz zu den natürlichen Treibhausgasen (vor allem Wasserdampf, aber auch Kohlendioxid oder Methan) werden die anthropogenen Treibhausgase vom Menschen in die Atmosphäre ausgestoßen.

Kohlenstoffdioxid ist das wichtigste anthropogene Treibhausgas und zu etwa 60 Prozent für den anthropogenen Treibhauseffekt verantwortlich. Es entsteht vor allem bei der Verbrennung fossiler Energieträger. Methan, das in erster Linie aus der Landwirtschaft und der Massentierhaltung stammt, trägt zu etwa 20 Prozent zum Treibhauseffekt bei. Weitere wichtige Treibhausgase sind Lachgas, Flurkohlenwasserstoffe (FKWs) und Flurchlorkohlenwasserstoffe (FCKWs) sowie Schwefelhexafluorid. Die fluorierten Treibhausgase (F-Gase) sind dabei insbesondere durch ihre hohe Verweildauer in der Atmosphäre gefährlich.

7. Aussagen zum Kioto-Protokoll – richtig oder falsch?

- a) Die Staaten, die das Protokoll unterschrieben und ratifiziert haben, wollen ihren Ausstoß an Treibhausgasen um durchschnittlich 5,2 Prozent senken, die EU-Staaten sogar um 8 Prozent.
 - b) Im Kioto-Protokoll sind alle Treibhausgase, die der Mensch erzeugt, erfasst.
 - c) Für manche Unterzeichner sind gar keine Beschränkungen vorgesehen.
 - d) Dadurch, dass die USA die Ratifizierung überraschend ablehnten, war das gesamte Inkrafttreten des Kioto-Protokolls gefährdet.
 - e) Das Kioto-Protokoll wurde in der japanischen Stadt Kioto unterzeichnet und trägt daher seinen Namen.
 - f) Das Protokoll schreibt nur die Ziele vor, mögliche Wege zur Umsetzung, wie etwa der Emissionshandel, werden gar nicht erwähnt.
 - g) Die meisten EU-Staaten, auch Deutschland, sind vorbildlich – sie haben ihre Klimaschutzziele bereits erreicht. Eine Ausnahme stellen nur die zehn neuen EU-Mitglieder dar.
-
- a) *Richtig. Die einzelnen Länder des Kioto-Protokolls haben unterschiedliche Vorgaben, die sich vor allem nach ihrer volkswirtschaftlichen Entwicklung richten. Durchschnittlich müssen sie ihre Emissionen um 5,2 Prozent senken, für die EU wurde ein Wert von 8 Prozent vereinbart.*
 - b) *Falsch. Nur die wichtigsten anthropogenen Treibhausgase sind im Kioto-Protokoll erfasst. Geregelt wird also nur der Ausstoß der Gase Kohlenstoffdioxid (CO₂), Methan (CH₄), Lachgas (N₂O) sowie halogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKWs), Fluorkohlenwasserstoffe (FKWs) und Schwefelhexafluorid (SF₆).*
 - c) *Richtig. Die Vorgaben für die einzelnen Länder richten sich vor allem nach ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Für Entwicklungsländer und auch die Schwellenländer Indien und China sind daher keine Beschränkungen vorgesehen. Im Rahmen der Klimaschutzrahmenkonvention haben sie sich aber auch verpflichtet, zur Begrenzung des Klimawandels beizutragen.*
 - d) *Richtig. Das Protokoll sollte nur in Kraft treten, wenn mindestens 55 Staaten, die zusammen mehr als 55 Prozent der Kohlenstoffdioxidemissionen verursachen (gemessen im Jahr 1990), das Abkommen ratifiziert haben. Die Zahl von mindestens 55 teilnehmenden Staaten wurde bereits mit der Ratifizierung durch Island am 23. Mai 2002 erreicht. Die Erfüllung der zweiten Bedingung, mindestens 55 Prozent der CO₂-Emissionen, war hingegen lange Zeit unsicher, nachdem die USA verkündeten, das Abkommen nicht zu ratifizieren. Erst mit der Ratifikation durch Russland, das für rund 18 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich ist, konnte es neunzig Tage nach der Ratifizierung durch das russische Parlament, also am 16. Februar 2005, in Kraft treten. Es ist bereits von 141 Staaten ratifiziert, die zusammen 85 Prozent der Weltbevölkerung und 62 Prozent des weltweiten CO₂-Austosses umfassen.*
 - e) *Richtig. Das Protokoll wurde in der japanischen Präfekturhauptstadt Kioto verhandelt und 1997 verabschiedet.*
 - f) *Falsch. Das Kioto-Protokoll sieht mehrere flexible Mechanismen vor, wie seine Ziele erreicht werden können. Als wesentlichstes Element kann dabei der Handel mit Emissionsrechten gesehen werden.*
 - g) *Falsch. Die meisten Staaten der EU-15 haben ihre Ziele noch nicht erreicht. Einige von ihnen sind noch weit von den Zielsetzungen entfernt, während andere, wie auch Deutschland, ihre Vorgaben schon zu einem Großteil erfüllen konnten. Besser sieht es bei den neuen Mitgliedsländern aus. Nach der Transformation und dem Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft konnten die meisten von ihnen die Vorgaben, die sich auf das Basisjahr 1990 beziehen, schon (über)erfüllen.*

MARKTWIRTSCHAFTLICHE ELEMENTE

1. Wer macht das Benzin teuer?

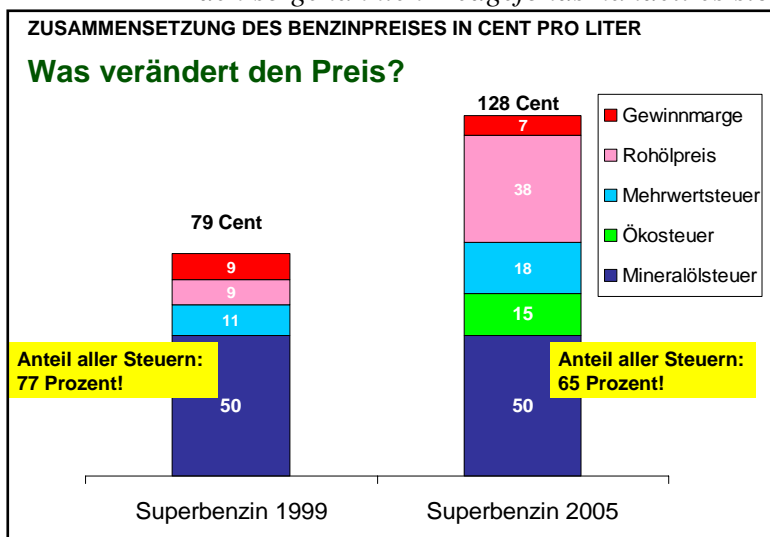
- Der Staat und die Steuer
- Die Mineralölkonzerne
- Das Kartell der „Erdölländer“, die OPEC
- Andere Gründe sorgen für den hohen Ölpreis

Es gibt für alle vier Antworten gute Gründe. Der Staat sorgt für einen relativ hohen Benzinspreis, weil er schon immer einen relativ hohen Steueranteil durch die Mineralölsteuer hatte. Die Mineralölsteuer soll dabei die Verkehrswegekosten abdecken. In den Jahren zwischen 1999 und 2003 kamen zudem noch Preissteigerungen durch die Einführung der Ökosteuer hinzu. Allerdings kann so nur ein kleiner Teil der aktuellen Preissteigerung erklärt werden.

Die Mineralölkonzerne und auch die OPEC-Staaten werden häufig als Schuldige des hohen Benzinspreises genannt. In der Tat haben sie ihre Preise erhöht, allerdings wurde auch die Förderung teurer, weil die vorhandenen Ölvorräte abnehmen. Neu entdeckte Ölvorkommen liegen häufig in schwerer zu erschließenden Feldern. Mit dem Fund großer, neuer Ölfelder ist kaum mehr zu rechnen, die Erschließung der bekannten wird dagegen immer teurer. Aber auch dieser Grund kann nicht ausschließlich den starken Anstieg des Ölpreises erklären.

Vielmehr müssen weitere Faktoren betrachtet werden. Wichtig für den Ölpreis ist beispielsweise auch der Euro-Kurs. Öl wird im internationalen Handeln in US-Dollar bezahlt und bei einem niedrigen Euro-Kurs ist somit auch das Benzin in Deutschland entsprechend teurer. Zudem steigt auch der Energiehunger in Ländern wie China und Indien. Der Wirtschaftsaufschwung in diesen Schwellenländern hat zu einem enorm steigenden Energieverbrauch geführt und in der Folge auch zu steigenden Ölpreisen. Insbesondere in letzter Zeit werden auch insbesondere Spekulanten als Schuldige des hohen Ölpreises genannt; Hedgefonds würden gezielt den Ölpreis nach oben treiben, um so Geld zu verdienen. Bei den so genannten Hedgefonds handelt es sich nicht um Fonds im klassischen Sinne, sondern

vielmehr um Unternehmen, deren Geschäftszweck die Spekulation ist. Nach Experten sind diese Spekulanten zu einem größeren Teil als bisher angenommen für die Ölpreisentwicklung verantwortlich.



Wir empfehlen, zuerst eine Abstimmung durchzuführen, dann die einzelnen Punkte in der Klasse zu diskutieren. Außerdem sollte die abgebildete Grafik präsentiert werden (siehe Foliensatz). Anschließend sollten die Schüler erneut abstimmen dürfen, wen sie für den Schuldigen halten.

2. Aussagen zur Ökosteuer – richtig oder falsch? Die Ökosteuer...

- ... bringt nichts für die Umwelt sondern bedeutet nur „Tanken für die Rente“
- ... ist schuld daran, dass wir für einen Liter Benzin deutlich länger arbeiten müssen als noch vor vierzig Jahren.
- ... fördert Innovationen.
- ... wurde von Deutschland im nationalen Alleingang eingeführt.

- e) ... hat einen deutlichen Rückgang des Kraftstoffverbrauchs im Straßenverkehr bewirkt
 - f) ... sorgt dafür, dass der Liter Benzin 15 Cent mehr kostet.
 - g) ... hilft, die Beiträge zur Rentenversicherung zu senken.
 - h) ... ist gerecht, weil sie den Verursacher von Umweltschäden belastet.
-
- a) *Falsch. Nach Einführung der Ökosteuer ist der Kraftstoffverbrauch erstmals seit der Gründung der Bundesrepublik in vier Jahren in Folge gesunken, während gleichzeitig mehr Leute den Öffentlichen Verkehr nutzten. Die CO₂-Emissionen konnten um sechs bis sieben Prozent gesenkt werden. Die Nachfrage nach sparsamen Autos und Geräten stieg und erneuerbare Energien konnten gefördert werden.*
 - b) *Falsch. Während ein Facharbeiter 1960 noch durchschnittlich 13 Minuten für einen Liter Benzin arbeiten musste, waren es 1980 nur noch 5 Minuten und im Jahr 2000 sogar nur noch 4 Minuten – also ganze 70 Prozent weniger als noch vierzig Jahre zuvor. Zum Vergleich: Die Arbeitszeit für ein Kilogramm Brot sank von 1960 auf 2000 nur um rund ein Drittel, also von 16 auf 10 Minuten.*
 - c) *Richtig. Durch die Internalisierung der externen Kosten muss jeder einzelne, ob Privatmann oder Unternehmen, sich überlegen: ist das was ich gerade tun will seinen Preis wirklich wert? Oder gibt es vielleicht andere technische Möglichkeiten, die mit weniger Verbrauch an Umweltressourcen auskommen? Damit machen sich Millionen von Akteuren darüber Gedanken, wie sie ihre Umweltnutzung mit möglichst geringen Kosten verringern können – innovative und volkswirtschaftlich kostengünstige Lösungen sind programmiert.*
 - d) *Falsch. Die Mehrheit der EU-15-Staaten hat mittlerweile nationale Ökosteuern eingeführt, die meisten sogar bereits vor Deutschland. Seit 2004 müssen durch die einstimmig verabschiedete EU-Energiesteuerrichtlinie alle Staaten der EU-25 steigende Mindestenergiesteuersätze befolgen. Die Ökologische Steuerreform hat sich mit ähnlichen Ansätzen damit grundsätzlich in der ganzen EU durchgesetzt und auch Nicht-EU-Länder ahmen das Erfolgsmodell nach.*
 - e) *Richtig. Mit der Einführung der ÖSR ist erstmals seit Gründung der BRD ein deutlicher Rückgang des Kraftstoffverbrauchs im Straßenverkehr zu verzeichnen (Zahlen siehe Kapitel 2.1. der Einleitung).*
 - f) *Richtig. In mehreren Stufen wurde der Liter Benzin zwischen 1999 und 2003 um insgesamt 15 Cent verteuert.*
 - g) *Richtig. Rechnerisch wäre der Rentenversicherungsbeitrag ohne Ökosteuer um fast zwei Prozentpunkte höher.*
 - h) *Richtig. Durch die ÖSR muss jeder, der ein Allgemeingut – in dem Fall Energie – nutzt, auch dafür einen höheren Preis zahlen, kann aber die Höhe seiner Ökosteuerzahlungen durch sein eigenes Verhalten auch senken.*

3. Was bedeutet die Einführung der Ökosteuer für die Gesamtabgabenlast (Steuern und Sozialabgaben) der Bürger?

- c) Einnahmen durch die Ökosteuer fließen an die Bürger zurück und insgesamt sank die Gesamtabgabenlast sogar im Zeitraum von 1999 bis 2003.

Trotz Einführen der Ökosteuer sank die volkswirtschaftliche Abgabenquote (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) von 1999 bis 2003 um mehr als vier Prozent. Den Bürgern blieb also im Schnitt mehr Geld als früher, auch wenn bestimmte Gruppen wie Studenten und

Rentner zwar die Ökosteuer zahlen müssen, aber nicht von einer Senkung der Lohnnebenkosten profitieren.

4. Was wird beim Emissionshandel überhaupt gehandelt?

Gehandelt werden so genannte Zertifikate, also Rechte, um Kohlenstoffdioxid in die Atmosphäre abzugeben. In Deutschland teilt die Emissionshandelsstelle, ein Teil des Umweltbundesamtes, diese Zertifikate aus. Stößt ein Betrieb X nun mehr Treibhausgase aus, als er es laut Zertifikat darf, muss er eine Strafe zahlen. Er kann aber auch Zertifikate von einem Betrieb Y oder Z dazukaufen, die weniger Treibhausgase ausstoßen, als sie dürften. Um dies zu vermeiden kann der Betrieb X aber auch eine Anlage bauen, die seinen CO₂-Ausstoß auf die erlaubte Höhe reduziert (oder sogar noch weiter, so dass auch er Zertifikate verkaufen und so Geld verdienen könnte). Energiesparen und CO₂-Ausstoß vermeiden lohnt sich also.

5. Sind Subventionen (Pendlerpauschale, Eigenheimzulage, Agrarsubventionen...) sinnvoll? Notwendig? Überflüssig? Gerecht oder ungerecht? Was meinst Du?

Innerhalb dieser Diskussion kann auf folgende Aspekte eingegangen werden:

- *Subventionen sind keine Geschenke, die finanziellen Mittel müssen vorher z.B. durch Steuern vom Staat eingenommen werden.*
- *Was will man mit Subventionen erreichen? Darf man bspw. mit der Pendlerpauschale den Autoverkehr bezuschussen? Das Problematische an Subventionen ist, dass sie den marktwirtschaftlichen Wettbewerb verzerren. Kurzfristig gedachte Subventionen mutieren schnell zu dauerhaften Einrichtungen, da diejenigen, welche von ihnen profitieren, sich gegen ihre Abschaffung einsetzen. Dann bremsen Subventionen die Modernisierung und den Strukturwandel oder verhindern ihn sogar, bspw. Steinkohlesubventionen. Wie sollte man Subventionen abbauen? Mit dem Rasenmäher? Gezielt z.B. je nach ökologischer Bedenklichkeit? Hier kann man bestehende Ansätze darstellen:*

Subventionsabbau nach Koch / Steinbrück

Die damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) und Peer Steinbrück (SPD) haben 2003 ein Papier mit dem Titel „Subventionsabbau im Konsens“ vorgelegt.

Bis 2006 sollen die staatlichen Finanzbeihilfen um pauschal jährlich vier Prozent oder insgesamt 15,8 Milliarden Euro gekürzt werden. Verschont werden Bereiche wie Bildung, Mittelstandsförderung oder medizinische Versorgung. Nach 2006 sollen die Staatshilfen dauerhaft um jährlich 10,5 Milliarden gekürzt werden.

Kritisiert wurde dabei die „Rasenmäher-Methode“, die von den Kritikern als nicht zielführend erachtet wurde.

Subventionsabbau im Koalitionsvertrag CDU/CSU und SPD von 2005

Zum 1. Januar 2006 soll das Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage in Kraft treten. Damit wird die Eigenheimzulage für Neufälle ab 01. Januar 2006 abgeschafft. Die Eigenheimzulage ist seit Jahren die steuerliche Einzelsubvention mit dem höchsten Volumen im Bundeshaushalt. Der wichtigste Grund der Wohnungsbauförderung in ihrer gesamten Breite war ursprünglich die schlechte Wohnungsversorgung in der Nachkriegszeit; die Wohnungsversorgung in Deutschland ist aber mittlerweile gut.

Ebenfalls zum 1. Januar 2006 wird darüber hinaus das Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen in Kraft treten.

Außerdem wird zum 1. Januar 2006 das Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm in Kraft gesetzt, das die Abschaffung weiterer Ausnahmetatbestände vorsieht:

- Abschaffung der begrenzten Steuerbefreiung für Abfindungen sowie für Übergangsgelder und Übergangsbeihilfen
- Streichung der Steuerfreiheit für Heirats- und Geburtshilfen (Zuwendungen des Arbeitgebers an die Arbeitnehmer anlässlich ihrer Eheschließung oder der Geburt eines Kindes)
- Beseitigung der Möglichkeit, Mietwohngebäude degressiv abzuschreiben, für Neufälle
- Abschaffung des Sonderausgabenabzugs von Steuerberatungskosten

Der Abbau von Steuersubventionen und Ausnahmeregelungen bildet in dieser Legislaturperiode einen wesentlichen Baustein der Steuerpolitik.

WEITERFÜHRENDE LINKS

- **Förderverein Ökologische Steuerreform e.V.**

Der Förderverein ökologische Steuerreform (FÖS) ist ein gemeinnütziger Verein, der 1994 gegründet wurde, um die Ökologische Steuerreform (ÖSR) in Deutschland zu unterstützen. Er arbeitet mit anderen deutschen, aber auch internationalen Organisationen zusammen. Seit 2001 gibt er jeden Monat einen elektronischen Newsletter ÖkoSteuerNews und etwa sechs Mal pro Jahr einen englischsprachigen Newsletter heraus. Hier sind viele Hintergrundtexte zur Ökologischen Steuerreform, Emissionshandel und Subventionsabbau zu finden.

<http://www.foes.de>

- **Bundesumweltministerium:**

<http://www.bmu.de/emissionshandel/aktuell/aktuell/1201.php>

http://www.bmu.de/oekologische_finanzreform/aktuell/aktuell/1748.php

http://www.bmu.de/oekologische_finanzreform/links/doc/2508.php

- **Bundesfinanzministerium:**

http://www.bundesfinanzministerium.de/cln_02/nn_3380/DE/Steuern/Energiebesteuerung/node.html_nnn=true

http://www.bundesfinanzministerium.de/cln_04/nn_4312/DE/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Finanzpolitik/Subventionspolitik/node.html_nnn=true

- **Umweltbundesamt:**

<http://www.umweltdaten.de/uba-infopresse/hintergrund/subvention.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/oekosteuer.htm>

- **BUND (mit Ökosteuer-Sparrechner)**

<http://www.oeko-steuer.de>

- **Internationale Emission Trading Association:**

<http://www.ieta.org/ieta/www/pages/index.php>

- **Emissionshandel in der EU:**

http://europa.eu.int/comm/environment/climat/emission_plans.htm

- **Deutsche Emissionshandelsstelle:**

<http://www.dehst.de>

- **Europäische Emissionshandelsbörse mit aktuellem Zertifikatepreis**

<http://www.eex.de/>

- **Germanwatch:**

<http://www.germanwatch.org/rio/et.htm>

ENERGIEVERBRAUCH UND KLIMAWANDEL

Einstiegsquiz und Diskussionsanregungen

Was meinst Du – welche Antwort ist richtig? Bei Frage 6 und 7 sind mehrere Antworten richtig, sonst nur eine.

1. Wie viel Strom wird bei Standby-Betrieb in Deutschland pro Jahr verbraucht?
 - a) macht sich kaum bemerkbar
 - b) Standby-Betrieb verbraucht Energie, aber nicht mehr als ein paar Tausend Kilowattstunden pro Jahr
 - c) höher als der jährliche Stromverbrauch von Berlin

2. Wie viel Energie spart eine Energiesparlampe?
 - a) Eine Glühbirne „vergeudet“ mehr als 90 Prozent ihrer Energie, Energiesparlampen nutzen ihre Energie vier bis fünf Mal besser.
 - b) Der Unterschied ist gering, man kann nur etwa 10 Prozent sparen.
 - c) Für eine Glühbirne kann man bis zu 12 Energiesparlampen brennen lassen.

3. Wie viel Benzin lässt sich durch sparsame Fahrweise auf 100 km sparen?
 - a) eine sparsame Fahrweise kann den Benzinverbrauch kaum beeinflussen
 - b) bis zu 10 Prozent des Benzinverbrauchs
 - c) zwischen 20 und 30 Prozent des Benzinverbrauchs

4. Bei Pkws redet man immer wieder vom Benzinverbrauch gemessen in Liter pro Hundert Kilometer. Was schätzt du, wie viel Kerosin verbraucht wohl ein Jumbo, Start und Landung nicht mitgerechnet, während des Reiseflugs auf 100 Kilometer?
 - a) etwa 500 Liter Kerosin
 - b) etwa 1300 Liter Kerosin
 - c) etwa 3400 Liter Kerosin

5. Wie viel Sprit verbraucht ein Formel 1-Auto während eines durchschnittlichen Rennens (in Liter pro 100 km)?
 - a) Benzinsparen ist auch für Rennfahrer wichtig – nur etwa 20 Liter auf 100 km.
 - b) Man will nicht zu oft an die Box fahren – 45 Liter auf 100 km.
 - c) Leistung hat seinen Preis – 70 Liter auf 100 km werden durchaus verbraucht.

6. Welche der folgenden Gase gehören zu den Treibhausgasen?
 - a) Methan (CH₄)
 - b) Flurchlorkohlenwasserstoffe (FCKWs) und Flurkohlenwasserstoffe (FKWs)
 - c) Wasserdampf
 - d) Kohlendioxid (CO₂)
 - e) Lachgas (N₂O)

f) Schwefelhexafluorid (SF₆)

7. Aussagen zum Kioto-Protokoll – richtig oder falsch?

- a) Die Staaten, die das Protokoll unterschrieben und ratifiziert haben, wollen ihren Ausstoß an Treibhausgasen um durchschnittlich 5,2 Prozent senken, die EU-Staaten sogar um 8 Prozent.
- b) Im Kioto-Protokoll sind alle Treibhausgase, die der Mensch erzeugt, erfasst.
- c) Für manche Unterzeichner sind gar keine Beschränkungen vorgesehen.
- d) Dadurch, dass die USA die Ratifizierung überraschend ablehnten, war das gesamte Inkrafttreten des Kioto-Protokolls gefährdet.
- e) Das Kioto-Protokoll wurde in der japanischen Stadt Kioto unterzeichnet und trägt daher seinen Namen.
- f) Das Protokoll schreibt nur die Ziele vor, mögliche Wege zur Umsetzung, wie etwa der Emissionshandel, werden gar nicht erwähnt.
- g) Die meisten EU-Staaten, auch Deutschland, sind vorbildlich – sie haben ihre Klimaschutzziele bereits erreicht. Eine Ausnahme stellen nur die zehn neuen EU-Mitglieder dar.



8. Nun, das ist wohl nicht der richtige Weg... Was tut Ihr, um Energie zu sparen? Spielt die Sparsamkeit von Geräten bei der Kaufentscheidung eine Rolle bei Euch / Euren Eltern / in Eurem Umfeld? Diskutiert gemeinsam, welche Schritte sinnvoll sind, welche Einschränkungen zumutbar sind, was Ihr in der Schule machen könntet. Ist Eurer Meinung nach das Thema Klimawandel im privaten Umfeld / der Politik aktuell genug? Wichtig genug?

MARKTWIRTSCHAFTLICHE ELEMENTE

Einstiegsquiz und Diskussionsanregungen

Was meinst Du – welche Antwort ist richtig? Außer bei Frage 3 sind mehrere Antworten richtig.

1. Wer macht das Benzin teuer?
 1. Der Staat und die Steuer
 2. Die Mineralölkonzerne
 3. Das Kartell der „Erdölländer“, die OPEC
 4. Andere Gründe sorgen für den hohen Ölpreis

2. Aussagen zur Ökosteuer – richtig oder falsch? Die Ökosteuer...
 - a) ... bringt nichts für die Umwelt sondern bedeutet nur „Tanken für die Rente“
 - b) ... ist schuld daran, dass wir für einen Liter Benzin deutlich länger arbeiten müssen als noch vor vierzig Jahren.
 - c) ... fördert Innovationen.
 - d) ... wurde von Deutschland im nationalen Alleingang eingeführt.
 - e) ... hat einen deutlichen Rückgang des Kraftstoffverbrauchs im Straßenverkehr bewirkt
 - f) ... sorgt dafür, dass der Liter Benzin 15 Cent mehr kostet.
 - g) ... hilft, die Beiträge zur Rentenversicherung zu senken.
 - h) ... ist gerecht, weil sie den Verursacher von Umweltschäden belastet.

3. Was bedeutet die Einführung der Ökosteuer für die Gesamtabgabenlast (Steuern und Sozialabgaben) der Bürger?
 - a) Im Zeitraum von 1999 bis 2003 ist die Gesamtabgabenlast der Bürger trotz Einführung der Ökosteuer gleich geblieben.
 - b) Im Zeitraum von 1999 bis 2003 hat sich die Gesamtabgabenlast erhöht, wozu auch die Ökosteuer beigetragen hat.
 - c) Einnahmen durch die Ökosteuer fließen an die Bürger zurück und insgesamt sank die Gesamtabgabenlast sogar im Zeitraum von 1999 bis 2003.

4. Was wird beim Emissionshandel überhaupt gehandelt?

5. Sind Subventionen (Pendlerpauschale, Eigenheimzulage, Agrarsubventionen...) sinnvoll? Notwendig? Überflüssig? Gerecht oder ungerecht? Was meinst Du?

MARKTWIRTSCHAFTLICHE ELEMENTE

Planspiel

Bildet wie in den Stellungnahmen angegeben, verschiedene Gruppen, die die entsprechende Interessensgruppe spielen soll. Eignet Euch nun die Argumente und Sichtweise der jeweiligen Interessensgruppe an. Vielleicht findet Ihr in Zeitungen oder im Internet noch weitere Argumente. Versucht nun in der Diskussion mit den anderen Gruppen Eure Standpunkte zu vertreten. Beachtet, welche Interessen jeweils dahinter stehen.

Wie ist jeweils der Schwerpunkt? Sind allgemeine Interessen wie der Klimaschutz bei allen ausreichend vertreten?

Diskutiert anschließend das Zitat aus dem aktuellen Koalitionsvertrag am Kapitelende.

SPD / Grüne:

Ökosteuer: Die seit 1999 neue Besteuerung unter ökologischen Gesichtspunkten (Ökosteuer) hat sich bewährt. Sie hat den Umweltverbrauch teurer gemacht und den Verbrauch von Energie minimiert. Gleichzeitig hat sie den Faktor Arbeit entlastet. In dieser Legislaturperiode wird die bereits vom Gesetzgeber beschlossene 5. Stufe der Ökosteuer zum 1. Januar 2003 in Kraft treten; daran halten wir fest. Im Vordergrund steht in der nächsten Zeit das Abschmelzen umweltschädlicher Subventionen im Steuerrecht.

Koalitionsvereinbarung SPD / Grüne 2002

In den Verbänden von Wirtschaft und Industrie hält man den Zeitpunkt für gekommen, endlich zum großen Revirement in der Umweltpolitik zu blasen.

Die Behauptung, verbindliche Ziele des Kioto-Protokolls gefährdeten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, ist ein Griff in die Mottenkiste. Dieser Vorwurf ist völlig abwegig. Gerade der Emissionshandel, den die Bundesregierung eingeführt hat, ist Motor der Technologieförderung und der Arbeitsplatzsicherung – mit dem Ergebnis, dass wieder in moderne, effiziente Kraftwerkstechnik investiert wird.

Presseerklärung Bundesumweltministerium, 18.10.2005

CDU / FDP:

Ökosteuer: Für uns bleibt die Rückführung der Ökosteuer definitiv auf der politischen Tagesordnung. Die Idee, die Rente an der Tankstelle sichern zu wollen, war von Anfang an ein Irrtum. Jetzt steigen die Benzinpreise und die Rentenbeiträge. Daran sieht man, dass das Modell der Ökosteuer gescheitert ist. Die internationalen Ölmärkte kann ein deutscher Politiker nicht beeinflussen – aber wenn über 40 Prozent der gesamten Energiekosten in Deutschland vom Staat gemacht werden, dann bleibt es bei unserer Überzeugung, dass Steuersenkungspolitik das beste Beschäftigungsprogramm und die sozialste Politik ist.

Steuern und Abgaben auf Energie in Höhe von circa achthundert Euro jährlich pro Kopf der Bevölkerung durch Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Ökosteuer und etc. müssen zurückgeführt werden. Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit sowie ein breit aufgestellter, ideologiefreier Energiemix gehören in den Focus künftiger Energiepolitik.

Meldung der FDP vom 01.09.2005 und 04.11.2005

Emissionshandel: Wir wissen ebenfalls, dass 40 Prozent zusätzliche Kosten auf jede Kilowattstunde, verursacht durch den Staat, zu viel sind und dass die Lenkungsinstrumente – dort der Emissi-

onshandel, hier das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die KWK-Förderung – nicht zusammenpassen. Eine konsistente Energiepolitik könnte weitaus mehr Arbeitsplätze in Deutschland sichern als zurzeit.

Angela Merkel, 25.10.2005

Umweltverband:

Ökosteuer: Der Grundsatz ist richtig: Indirekte Steuern hoch – Lohnnebenkosten runter. Genau das war und ist auch eine Wirkung der Ökologischen Steuerreform – und wie wurde sie gerade von denen verteufelt, die jetzt den gleichen Wirkungsmechanismus mit der Umsatzsteuer anwenden wollen. Aber darüber hinaus haben Ökosteuern die Wirkung, dass nur die Preise von Gütern steigen, deren Verbrauch wir sowieso langfristig senken wollen. Damit regt sie Millionen von Bürgern und Unternehmen dazu an, sich Gedanken darüber zu machen, wie sie der Steuer ausweichen können. Wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen, rechnen sich plötzlich Investitionen in Energieeffizienz für den einzelnen Bürger und das einzelne Unternehmen – Innovationen sind programmiert. Außerdem wird dort die Energieeffizienz am stärksten erhöht, wo es volkswirtschaftlich am billigsten ist – zu teuren Umweltschutz können wir uns im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr leisten. Kostenminimierender Umweltschutz durch Ökosteuern stärkt daher unseren Standort.

Auch das Argument, dass das Aufkommen durch den Erfolg von Ökosteuern sinkt und damit Abgabentlastungen an anderer Stelle gar nicht möglich sind, springt zu kurz. Wir sind meilenweit von einem ökologisch akzeptablen Energieverbrauch entfernt. So müssen Ökosteuern noch über Jahre hinweg regelmäßig angehoben werden. Damit ist ein stabiles Aufkommen weit in die Zukunft gesichert.

Presseerklärung FÖS 25.08.2005

Emissionshandel: Der Emissionshandel bleibt nach Einschätzung des WWF das zentrale Instrument, um den Klimaschutz in der EU zum Erfolg zu führen. Das System könne sein Potenzial jedoch nur entfalten, wenn die strukturellen Schwächen und mageren Ziele in den nächsten Nationalen Allokationsplänen (NAP) ausgeräumt würden.

Das Ergebnis ist ernüchternd: Die bisherigen Pläne geben zu wenig Impulse für eine klimaverträgliche Energieversorgung. Zum Teil heben sie sogar den gegenteiligen Effekt und bevorteilen Kraftwerke mit hohem CO₂-Ausstoß. „Wenn die Pläne für die nächste Phase von 2008 bis 2012 erneut so diffus ausfallen, wird die europäische Klimaschutzpolitik grandios scheitern“, prognostiziert Regine Günther, Leiterin des Klimareferats beim WWF Deutschland.

Bislang habe das System zu viele Schwachstellen, um sein Potenzial zu entfalten. Der WWF fordert erhebliche strukturelle Änderungen. Gegenwärtig werden die Zertifikate ausschließlich kostenlos und in Deutschland zudem nach dem Prinzip „wer viel braucht, bekommt viel“ verteilt. Die Verteigerung der Zertifikate sei der ökonomisch und ökologisch effizientere Weg. Die Strompreise würden sich mit solch einer Regelung gegenüber einer kostenlosen Vergabe nicht verändern.

„Die Formel muss lauten: Mehr Markt, mehr Marktteilnehmer und weniger Protektionismus für die Besitzstandswahrer“, so Günther.

Presseerklärung WWF 09.11.2005

Industrie:

Ökosteuer: Das auch mit der Ökosteuer verfolgte Ziel, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, wurde nicht erreicht. Der Politikansatz, über die Belastung von Ressourcen die Arbeit zu entlasten, muss überdacht werden. [...] Schon aus ökonomischen Gründen hat die Industrie ein Eigeninteresse an einer Minimierung des Energieeinsatzes, ohne dass es hierzu eines Anreizes in Form neuer und erhöhter Energiesteuern bedarf. Die Stromsteuer machte 2004 den Löwenanteil der politisch beding-

ten Belastungen des Strommarktes aus; die Industrie hatte 2004 rund 2,9 Milliarden Euro der Gesamtlast von 11,8 Milliarden Euro zu tragen. [...] Der angebliche Erfolg der sog. Ökosteuer wird von deren Urhebern häufig mit dem zurückgegangenen Kraftstoffabsatz an deutschen Tankstellen belegt. Zwar stimmt es, dass der Kraftstoffabsatz in Deutschland rückläufig ist. Es wird jedoch verkannt, dass die Einführung der Ökosteuer in einem hohen Maß zu einer Verlagerung des Absatzes in das EU-Ausland geführt hat; der Tanktourismus hat durch die nationale Verteuerung des Kraftstoffes zugenommen. [...] Im Hinblick auf die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit hat die ökologische Steuerreform nicht zu einer Minderung der Aufwendungen zur Sozialversicherung geführt, sondern lediglich zu einer Änderung ihrer Finanzierung. Mit ihr ist weder eine Erhöhung der Wertschöpfung, noch eine Minderung von Aufwendungen verbunden.

Positionspapier BDI 02.09.2005

Emissionshandel: Die Effekte des rein binnenwirtschaftlichen EU-Emissionshandels sind noch nicht absehbar; insofern entbehrt die häufig gehörte Aussage, dass der Emissionshandel für den Klimaschutz in der EU einen zentralen Stellenwert einnehme, derzeit der Grundlage. Pauschal ist jedoch festzuhalten, dass Europa weit vom im Kioto-Protokoll intendierten Ziel entfernt ist, mithilfe der Kioto-Mechanismen ET, JI und CDM die Klimaschutzkosten der Industriestaaten in „erträglichen“ Grenzen zu halten und durch weltweite Zusammenarbeit den Klimaschutz effektiver und kosteneffizienter zu machen. Damit der Emissionshandel, der erstmals direkt Energienutzung und CO₂-Emissionen verknüpft, tatsächlich für die Steigerung der Kosteneffizienz klima- und energiepolitischer Maßnahmen eingesetzt werden kann, muss er international ausgebaut werden. Ein solcher Ausbau erfordert absolute Emissionsobergrenzen für alle Beteiligten. Verbindliche absolute Vorgaben für nur wenige Staaten führen unweigerlich zu so genannten "Leakage-Effekten", d. h. Produktionen und Arbeitsplätze wandern ab in Regionen, die weniger strengen oder gar keinen CO₂-Beschränkungen unterliegen.

Positionspapier BDI „Wettbewerbsfeld globaler Klimaschutz: deutsche Kernkompetenzen optimal nutzen“ 02.09.2005

Die neue große Koalition aus CDU/CSU und SPD einigte sich am 16.10.2005 auf folgenden Kompromiss:

„Im Interesse einer preisgünstigen Energieversorgung wird die Ökosteuer nicht weiter erhöht. Die geltenden Entlastungsregelungen bei der Ökosteuer für die Industrie werden beibehalten.“

Koalitionsvertrag CDU/CSU/SPD, 16.10.2005

Wie bewertet Ihr dieses Ergebnis, angesichts der vor der Wahl geäußerten Zitate?

MARKTWIRTSCHAFTLICHE ELEMENTE

Diskussionsvorschlag



Copyright, Quelle: Herr Nell

Macht Euch Gedanken zu folgenden Fragen und diskutiert Eure Meinungen in der Klasse:

1. Steuern *Steuern* das Verhalten? Welche Erfahrungen habt Ihr gemacht? Spielt der Benzinverbrauch beim Autokauf in Zeiten hoher Benzinpreise eine größere Rolle? Wird das Auto öfter mal stehen gelassen?
2. Gibt es eine Schmerzgrenze bei Energiepreisen? Wann beginnt man, sein Verhalten zu ändern? Oder machen die Meisten weiter wie bisher und schimpfen nur?
3. Subventionsabbau finden die meisten Bürger sinnvoll, wenn es aber an die Eigenheimzulage oder Pendlerpauschale geht, folgt der große Protest. Woran liegt das? Was könnte man entgegenen?